

Monatliche Mitteilungen

Initiative Erde gründet Beirat

Nachdem das Rücknahme- und Recyclingsystem ERDE im Jahr 2013 von sechs IK-Mitgliedern der *Fachgruppe Agrarfolien* gegründet wurde, festigt es nun seine gesellschaftliche Verankerung durch die Gründung eines Beirats mit Beteiligung des Deutschen Bauernverbandes. „Wir haben uns lange mit der Gründung des Beirats beschäftigt. Uns war wichtig, dass alle Stakeholder – Landwirtschaft, Umwelt, Politik und Forschung in diesem Gremium repräsentiert werden.“ so Senior-Advisor und ehemaliger Hauptgeschäftsführer der Initiative ERDE, Dr. Jürgen Bruder.

Der fünfzehn-köpfige Beirat trat zum ersten Mal am 23. September 2021 zur konstituierenden Sitzung zusammen. Neben Vertretern der wichtigsten Agrarverbände, Forschung, Kunststoffverarbeitung, des NABU und der Initiative ERDE selbst, konnten hochkarätige Ministerialvertreter der Bundesministerien für Umwelt und Landwirtschaft sowie der Umweltministerien aus Hessen und Brandenburg für die Zusammenarbeit gewonnen werden. Als Vorsitzende wurde Dr. Petra Meyer-Ziegenfuß, Leiterin des Referats für Abfallrecht, Produktverantwortung und Abfallwirtschaftsplanung des Hessischen Umweltministeriums, gewählt. Stellvertretender Vorsitzender ist Dr. Michael Reininger vom Deutschen Raiffeisenverband e.V..

Der Beirat wird in den nächsten Jahren die Weiterentwicklung der Initiative eng begleiten und unterstützen. Bereits in der ersten Sitzung kam es zu lebhaften Diskussionen - unter anderem um die aktuelle Studie des NABU zum Thema „Kunststoffe in der Umwelt: Emission in landwirtschaftlich genutzte Böden“. Der Kunststoffeintrag, der aus Folien-, Garn- und Netzanwendungen stammt beträgt schätzungsweise 565 Tonnen im Jahr – in etwa 4,2 Prozent der in der Landwirtschaft anfallenden Gesamtemissionen. Diese können – so die Einschätzung der Studie – durch die Förderung von einheitlichen Rücknahmesystemen wie ERDE reduziert werden.

Die Reduzierung des Kunststoffeintrags in Böden gehört - neben der Förderung der Kreislaufwirtschaft und der Reduzierung von CO₂-Emissionen durch Bereitstellung von Recyclingmaterial - zu den drei Kernzielen der Initiative ERDE.

Die Initiative ERDE ist ein europaweit fast einzigartiges Sammel- und Recyclingkonzept für Erntekunststoffe. Deutschlandweit wurden im Jahr 2021 innerhalb der Initiative ERDE mehr als 50 Prozent aller Silo- und Stretchfolie – in etwa 30 000 t – gesammelt und zu 100 Prozent dem werkstofflichen Recycling zugeführt. Diese gesammelten Folien werden zu wertvollen Rohstoffen, u. a. für neue Agrar- und Bau- folien, Bewässerungsschläuche oder Müllsäcke.

Im Jahr 2013 von sechs Herstellern von Silo- und Stretchfolien innerhalb der IK Industrievereinigung Kunststoffverpackungen e.V. gegründet, ist die Initiative bereits auf 25 Mitglieder in sieben Sammelfraktionen angewachsen. Das Netz aus ERDE Sammelstellen ist von 129 im Jahr 2014 auf 581 im Jahr 2021 angestiegen, dazu kommen über fast 3.000 „mobile“ Sammlungen.

Die RIGK GmbH ist als Systembetreiber verantwortlich für das Sammelstellennetzwerk und die operative Abwicklung der Sammlung, die beim privaten und genossenschaftlichen Agrarhandel, bei Entsorgungsunternehmen und bei Lohnunternehmen und Maschinenringen angesiedelt ist.

Bericht BOG-Sitzung

Während der 135. Sitzung des Bundesausschusses Obst und Gemüse berichtete Vorsitzender Stechmann über den Besuch von Bundesministerin Klöckner und dem Parlamentarischen Staatssekretärs Fuchtel, Dr. Hinrichs von QS und der CDU-Bundestagsabgeordneten Breher im Alten Land. Zudem berichtete Stechmann über die derzeit stattfindenden Verhandlungen zur Ampel-Koalition.

Monatliche Mitteilungen

Herr Dr. Behr von der AMI berichtete über die aktuellen Ernährungstrends in Deutschland. Zunächst thematisierte er die gestiegene Nachfrage von Fleischersatzartikeln, welche 2020 ein Marktvolumen von 512 Mio. € erreicht haben.

Die private Nachfrage nach Fleisch, Wurst, Geflügel und Fleischersatzprodukten variiert je nach Altersgruppe, sie sind besonders bei jüngeren Konsumenten beliebt. Auch pflanzliche Milchalternativen, z.B. Sojamilch, werden verstärkt nachgefragt und sind besonders Markengetrieben.

Generell gilt, dass die pflanzlichen Milch- und Fleischalternativen zunehmen und die Qualitätsorientierung der Verbraucher steigt. Während der Pandemie wurden verstärkt Rind- und Hühnerfleisch nachgefragt, wohingegen Schweine- und Putenfleisch weniger nachgefragt wurde.

Langfristig konnten sich während der Pandemie verstärkt nachgefragte Einkaufsstätten wie beispielsweise der Onlinehandel für Lebensmittel nicht durchsetzen. Trotzdem scheint der Discount Marktanteil zu verlieren.

Die Aufsteiger im Gemüsesortiment sind Ingwer, Süßkartoffeln, Mini Möhren, Fresh Cut Salat und Grünspargel. Insbesondere die Roma-Cocktailtomaten wurden verstärkt eingekauft.

Herr Bertling vom Institut Fraunhofer Umsicht berichtete über die Zielsetzung und Methodik der Studie „Kunststoffe in der Umwelt: Emissionen in landwirtschaftlich genutzten Böden“. Bisher lag der Fokus der Wissenschaft auf Eintragungen in die Meere, ab sofort sollen auch Böden besser untersucht werden. Die Gesamtschau basiert auf Modellierungen anhand von verfügbaren Daten und Schätzungen von Experten und Expertinnen.

Laut Bertling verbraucht die Landwirtschaft jährlich rund 1,1 Millionen Tonnen Kunststoff, das entspricht einem Verbrauch von 4,3 Tonnen pro Jahr pro Betrieb und 2,3 Tonnen Abfall

pro Jahr pro Betrieb. Die Emissionen deren Ursache außerhalb der Landwirtschaftlichen Praxis sind, unter anderem Klärschlammausbringung (Ursache Mikroplastik in Schmutz- und Regenwasser), Littering und die Nutzung von Komposten und Gärresten (Ursache Fehlwürfe in Bioabfällen). Derzeit findet noch kein systematisches Monitoring zu Kunststoffeinträgen in Böden statt.

Nicole Spieß vom Deutschen Bauernverband berichtete über die vergangenen Aktivitäten im Bereich der Anstellung von Saisonarbeitskräften im Kontext der Corona-Pandemie. Die Unterstützung aus dem Landwirtschaftsministerium sei sehr gut verlaufen. Die Aufklärung und gezielte Impfaktionen sind weiterhin nötig, besonders weil in Rumänien selbst wenig für das Impfen geworben wird. Derzeit steigen die Inzidenzen in Rumänien, weswegen Testung und Arbeitsquarantäne für ankommende Saisonarbeitskräfte weiterhin regelkonform durchgeführt werden.

Erste Verordnung zur Änderung der Coronavirus-Einreiseverordnung

Am 8. November 2021 wurde die Erste Verordnung zur Änderung der Coronavirus-Einreiseverordnung im Bundesanzeiger veröffentlicht und am folgenden Tag in Kraft getreten.

Mit der Änderungsverordnung wird die Coronavirus-Einreiseverordnung (CoronaEinreiseV) bis zum Ablauf des 15. Januar 2022 verlängert. Zudem wird § 4 Abs. 3 CoronaEinreiseV aufgehoben, der eine Befristung der Absonderungspflichten bis zum 10. November 2021 vorsah. Die Regelungen zur Absonderung unterliegen somit keiner gesonderten Befristung mehr.

Das bedeutet, die in der Verordnung vorgesehenen bundesweit geltenden Anmelde-, Nachweis- und Quarantänepflichten sowie das Beförderungsverbot aus Virusvariantengebieten bleiben unverändert.

Monatliche Mitteilungen

Weiterhin gilt:

Für nicht geimpfte und nicht genesene Einreisende aus Hochrisikogebieten gilt eine Quarantänepflicht von zehn Tagen. Eine vorzeitige Beendigung ist durch einen negativen Test frühestens am fünften Tag nach Einreise möglich.

Für Einreisende aus Virusvariantengebieten beträgt die Quarantänedauer 14 Tage. Geimpfte, die mit einem Impfstoff geimpft sind, für den das RKI eine hinreichende Wirksamkeit gegen die Virusvariante festgestellt und auf seiner Internetseite veröffentlicht hat, können die Quarantäne durch Übermittlung ihres Impfnachweises an die zuständige Gesundheitsbehörde beenden.

Arbeitsquarantäne:

Saisonkräfte, die über keinen Impf- oder Genesenachweis verfügen, können in sog. Arbeitsquarantäne unter den bisherigen Voraussetzungen (u.a. nicht durchmischte Arbeitsgruppen) arbeiten; die Arbeitsquarantäne endet nach fünf Tagen ohne einen weiteren Test.

Bei Einreise aus einem Virusvariantengebiet ist eine Arbeitsquarantäne weiterhin nicht gestattet

Vorstandssitzung und Delegiertentagung der Bundesfachgruppe Gemüsebau

In der am 18. November 2021 in digitaler Form stattgefundenen Vorstandssitzung der Bundesfachgruppe Gemüsebau wurden u.a. zu den Themen AG Berufsbild (Johannes Höfler), ZVG-Arbeitsausschuss für Umweltfragen (Dr. Hans Joachim Brinkjans), aktuelle Notfallzulassungen (Laura Lafuente), Verbundvorhaben Lückenindikation (Dr. Gabriele Leinhos) und Neptun 2022 (Jan Helbig) referiert.

In der anschließenden Delegiertentagung standen die Themen gewässerschonender Gemüsebau (Prof. Dr. Franz Wiesler), pflanzenbasierte Ernährung der Zukunft (Dr. Margareta Büning-Fesel) und DüV im Spannungsfeld zwischen Anbau und Umwelt: Agieren statt reagieren (Manfred Kohl) auf der Tagesordnung.

Christian Ufen aus Dithmarschen wurde von den Delegierten für weitere drei Jahre als Vorsitzender der Bundesfachgruppe Gemüsebau in seinem Amt bestätigt. Als Vertreter der Fachgruppe Gemüsebau in den Bundesausschuss Obst und Gemüse wurden Peter Höfler, Heinz-Peter Frehn, Theo Germes, Wolfgang Mählmann, Christoph Nagelschmitz und Christian Ufen ebenfalls für weitere drei Jahre wiedergewählt.

Wahl Vorsitz Fördergemeinschaft „Einkaufen auf dem Bauernhof“

Die Fördergemeinschaft „Einkaufen auf dem Bauernhof“ hat am 16. November 2021 die aus Bayern stammende Katja Ölberger einstimmig zur neuen Vorsitzenden gewählt. Sie löst damit Dr. Elisabeth Seemer ab, welche das Amt 14 Jahre inne hatte. Die 36 jährige Ölberger betreibt einen Ackerbaubetrieb im Nebenerwerb mit Schwerpunkt Kartoffeln und deren Direktvermarktung. Als langjähriges Mitglied bei „Einkaufen auf dem Bauernhof“ lebe sie dies auch „mit voller Leidenschaft“. Seit 2019 ist die Unternehmerin auch Vorstandsmitglied bei EadB Bayern.

Information zur Fördergemeinschaft „Einkaufen auf dem Bauernhof“:

Die Fördergemeinschaft vertritt seit 1989 bundesweit die Interessen der landwirtschaftlichen direktvermarktenden Betriebe und dient den Höfen und deren KundInnen als Informationsplattform. Über die Homepage der Fördergemeinschaft (<https://einkaufen-auf-dem-bauernhof.com/de>) können bundesweit direktvermarktende Bauernhöfe und Bauernmärkte gefunden werden, zudem tauschen sich die Gesellschafter der Fördergemeinschaft mindestens zweimal jährlich über aktuelle politische Themen aus.

